

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 20. Juli 2023; Bericht

Am 20. Juli 2023 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Russlands Aggression gegen die Ukraine, sowie Türkei.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurden vom Hohen Vertreter und Vizepräsidenten der Europäischen Kommission (HV/VP) Josep Borrell China, das EU27-CELAC-Gipfeltreffen vom 17./18.7., Armenien/Aserbaidschan, Tunesien, sowie der Nahostfriedensprozess angesprochen.

In der Diskussion zu Russlands Aggression gegen die Ukraine informierte HV/VP Josep Borrell über aktuelle EU-Arbeitsstränge zu Sicherheitszusagen für die Ukraine, zum globalen Outreach und zu Sanktionen. Der Kommissar für Erweiterung Olivér Várhelyi verwies auf die umfassende EU-Unterstützung für die Ukraine, die sich bisher auf rund EUR 74 Mrd. belaufe, sowie auf die im Rahmen der Halbzeitüberprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) vorgeschlagene Ukraine Fazilität. Mitgliedsstaaten begrüßten das EAD-Non-Paper zu Sicherheitszusagen im Allgemeinen als gute Grundlage für die weiteren Arbeiten. Während einige MS den Vorschlag zur Einrichtung einer zweckgebundenen finanziellen Ausstattung („dedicated envelope“) für die Ukraine im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EFF) unterstützten, betonten zahlreiche Mitgliedsstaaten in Bezug auf dessen finanzielle Ausstattung, dass diese auch im Kontext der Halbzeitüberprüfung des MFR zu sehen sei und weitere Diskussionen notwendig seien. Thematisiert wurden weiters auch der fortgesetzte Druck auf Russland durch Sanktionen sowie die notwendigen Fortschritte in den Bereichen Rechenschaftspflicht und Outreach.

Bei der Diskussion zum Tagesordnungspunkt Türkei betonte ich, dass es keine Signale in Richtung Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei geben dürfe, was aber

nicht bedeute, dass die Beziehungen nicht verbessert werden könnten. Dies hänge jedoch in erster Linie von der Türkei ab; die EU müsse schrittweise vorgehen, dürfe nicht naiv sein und müsse stets Garantien fordern, da die türkische Außenpolitik unvorhersehbar sei und die aktuelle positivere Phase rasch enden könnte.

Der Tagesordnungspunkt "Außenpolitische Dimension der wirtschaftlichen Sicherheit" wurde aus Zeitgründen verschoben. Der Rat nahm Schlussfolgerungen zu den Prioritäten der EU im Rahmen der 78. Generalversammlung der Vereinten Nationen an.

Unter dem Tagesordnungspunkt Sonstiges verwies ich zum im Auftrag von HV/VP Josep Borrell erfolgten Besuch der S3-Außenminister (Österreich, Tschechien, Slowakei) in die Republik Nordmazedonien am 13.7. auf das verteilte Schreiben der S3-Außenminister an den HV/VP. Rumänien ersuchte um Unterstützung der Kandidatur des ehemaligen rumänischen Außenministers Bogdan Aurescu für den Internationalen Gerichtshof (IGH); Dänemark ersuchte um Unterstützung eines gemeinsam mit Deutschland im Namen der Group of Friends on Ambitious EU Climate Diplomacy vorgelegten Non-Paper „Road map to COP28 and beyond – priorities for EU's climate diplomacy efforts“.

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zu den Prioritäten der EU im Rahmen der 78. Generalversammlung der Vereinten Nationen an.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

29. September 2023

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister